

## **Antrag**

**der Abgeordneten Özcan Mutlu, Beate Walter-Rosenheimer, Kai Gehring, Dr. Franziska Brantner, Corinna Rüffer, Katja Dörner, Tabea Rößner, Elisabeth Scharfenberg, Ulle Schauws, Maria Klein-Schmeink, Kordula Schulz-Asche, Dr. Harald Terpe, Doris Wagner, Claudia Roth (Augsburg), Dr. Valerie Wilms, Annalena Baerbock, Ekin Deligöz, Harald Ebner, Matthias Gastel, Dieter Janecek, Sven-Christian Kindler, Oliver Krischer, Christian Kühn (Tübingen), Markus Kurth, Steffi Lemke, Dr. Tobias Lindner, Beate Müller-Gemmeke, Peter Meiwald, Brigitte Pothmer, Dr. Gerhard Schick, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Markus Tressel, Dr. Julia Verlinden und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN**

### **UN-Nachhaltigkeitsziel 4 in Deutschland schon jetzt umsetzen – Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern**

Der Bundestag wolle beschließen:

#### **I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:**

Im Gipfeljahr 2015 haben wir die Chance, einen echten Durchbruch für Klimaschutz und globale Gerechtigkeit zu erreichen. In einer Zeit, in der weltweit Millionen von Menschen gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen, hängen Hunger, gewaltsame Konflikte, Verlust der Biodiversität, Klimakrise, Armut- und Ressourcenkrisen eng zusammen, globale Gerechtigkeit und Klimaschutz lassen sich nicht getrennt voneinander erreichen. Die Ergebnisse der Verhandlungen bei den Vereinten Nationen in New York für globale Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals) werden zusammen mit den Verhandlungen um ein neues Klimaabkommen in Paris für die kommenden Jahrzehnte die internationale, europäische und deutsche Politik prägen. Sie sind entscheidend für die Frage, ob wir endlich die Chance für eine nachhaltige und gute Zukunft für alle nutzen wollen.

Eine nachhaltige Entwicklung, der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und echter Klimaschutz können global nur dann erreicht werden, wenn alle damit bei sich zu Hause anfangen. Deutschland ist von echter Nachhaltigkeit noch weit entfernt und hat zugleich als führendes Industrieland in der EU eine besondere Verantwortung. Für einen Aufbruch in nachhaltiges Leben und Wirtschaften fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, sich für Politikkohärenz im Sinne von Frieden, Demokratie und einer menschenrechtsbasierten nachhaltigen Entwicklung einzusetzen, wofür es eine bessere ressortübergreifende Abstimmung braucht. Zudem muss die Bundesregierung für jedes der von den Vereinten Nationen vorgelegten 17 Nachhaltigkeitsziele entsprechende Maßnahmen zur Umsetzung gerade auch in Deutschland und innerhalb der EU ergreifen.

## UN-Nachhaltigkeitsziel 4 in Deutschland umsetzen

Das UN-Nachhaltigkeitsziel 4 verpflichtet auch die Bundesrepublik Deutschland, für alle Lebensalter hochwertige Bildungsangebote vorzuhalten. Zu diesen Bildungsangeboten müssen alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe und Herkunft, einer Behinderung oder dem Leben in einer prekären Lage als Kind oder Jugendliche, Zugang haben. Die Angebote sind so auszugestalten, dass alle Menschen das Wissen und die Fertigkeiten erlernen können, die sie für das selbstbestimmte Nutzen aller Möglichkeiten und die volle Teilhabe an der Gesellschaft brauchen.

Im Herbst 2008 haben sich Bund und Länder in der Qualifizierungsinitiative für Deutschland auf sieben quantitative Handlungsfelder konzentriert. Auch wenn all dies im Großteil keine unmittelbaren Aufgaben des Bundes sind, so muss auch er dazu beitragen, das Bildungssystem so auszustatten, dass es die Grundlage für eine offene, gerechte, inklusive und nachhaltige Gesellschaft schaffen kann. Denn Deutschland braucht ein durchlässigeres und anschlussfähigeres Bildungssystem.

## II. Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Qualität der Kindertagesbetreuung durch bundesgesetzlich einheitliche Standards zu verbessern und dazu die Fachkraft-Kind-Relation zu regeln. Zudem sollten alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr bis zum Schuleintritt einen Rechtsanspruch auf ein ganztägiges Angebot frühkindlicher Bildung haben;
2. mehr jungen Menschen einen erfolgreichen Abschluss ihres Studiums zu ermöglichen. Dazu muss u. a. der Hochschulpakt so ausgestattet werden, dass die Hochschulen durch kostendeckende Ansätze pro Studienanfängerin und Studienanfänger in die Lage versetzt werden, die Studien-, Lehr- und Forschungsbedingungen nachhaltig zu verbessern und die soziale und gesellschaftliche Öffnung der Universitäten und Fachhochschulen weiter voranzutreiben;
3. mit den Ländern gemeinsam den flächendeckende Ausbau von barrierefreien Ganztagschulen voranzubringen, in denen alle Kinder ganztägig miteinander und voneinander lernen, Wissen vertiefen, ihre Kreativität entfalten und überhaupt Neues entdecken können;
4. entsprechend der UN-Behindertenkonvention das inklusive Lernen zu stärken, vor allem an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, aber auch an den Hochschulen. Dazu sollte im Rahmen des geplanten Bundesteilhabegesetzes ermöglicht werden, dass Kinder und Jugendliche ihre Unterstützungsressourcen an allgemeinbildenden Schulen leichter mit- und einbringen können;
5. das lebenslange Lernen durch ein Gesetz zur Weiterbildungsförderung umfassender zu fördern, so dass deutlich mehr Menschen die Möglichkeit erhalten, im Verlauf ihres Lebens Fort- und Weiterbildungsangebote zu nutzen.

Berlin, den 22. September 2015

**Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion**